

Anfrage öffentlich	Datum 18.08.2022	Nummer F0213/22
Absender Fraktion AfD		
Adressat Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 01.09.2022	
Kurtitel Linksextremistische Akquise an Schulen – Was weiß die Stadt darüber und was wird dagegen unternommen?		

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Borris,

An mindestens einer Magdeburger Schule wirbt derzeit die linksradikale Vereinigung „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken“ für Veranstaltungen zur „Intersektionalität“, „Geschlechtergerechtigkeit“ und andere Themen. Teilweise sollen schon Sechstklässler mit ideologischer Gehirnwäsche und politischem Gaslighting traktiert werden.

Offenbar ist die Akquise schon weit gediehen, denn mir liegen ausgeteilte Zettel vor, auf denen Schülern bereits konkrete Vorgaben über Treffpunkte oder mitzunehmende Gegenstände gemacht werden.

In § 2 der beiliegenden Kurzsatzung der „Falken“ steht als Zweckbestimmung unter anderem, man wolle „die Idee des Sozialismus an junge Menschen herantragen“. Unabhängig von der Frage, wie oft und in welcher Form das in diesem Land noch geschehen muss, bis man endlich begreift, dass dieser zwangsläufig zu Armut, Totalitarismus und Korruption führt, ist es an Schulen jedenfalls laut Beutelsbacher Konsens untersagt, Ideologie zu lehren und Schüler zu indoktrinieren.

Bevor die Bundesrepublik Deutschland zunehmend nach links gekippt war, wurde die Organisation mehrfach in Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern genannt – zwar nicht selbst als Beobachtungsobjekt, aber immer wieder im Zusammenhang mit gemeinsamen Aktionen, an denen sich auch ausgewiesene linksextremistische Gruppierungen wie die SDAJ beteiligten. Es ist auch heute nicht zu erkennen, wo die „Falken“ einen Trennungsstrich zum Linksextremismus ziehen.

Es ist davon auszugehen, dass es radikalen Gruppierungen von der nichtlinken Seite des politischen Spektrums nicht gestattet werden würde, ungehindert Schulkinder auf dem Schulgelände selbst oder in unmittelbarer Nähe dazu anzuquatschen und zu Indoktrinationsveranstaltungen zu locken.

Daher frage ich Sie:

1. An wie vielen Schulen werden solche Projekte über die „Falken“ angeboten? Seit wann finden dort Veranstaltungen mit den „Falken“ statt? Bitte die Schulen aufschlüsseln.
2. Ist der Stadt Magdeburg und der jeweiligen Schulleitung bekannt, wofür „Die Falken“ stehen und welcher politische Hintergrund hier vorliegt?
3. Wie und durch wen werden solche Projekte geprüft und genehmigt?

4. In welcher Weise sieht es die Stadt Magdeburg als mit dem Beutelsbacher Konsens vereinbar an, dass Organisationen mit gebrochenem Verhältnis zu Freiheit, Privateigentum und Marktwirtschaft die Möglichkeit haben, schulpflichtige Kinder und Jugendliche zu Indoktrinationsveranstaltungen einzuladen?
5. Wie wird gewährleistet, dass es sich hierbei nicht um eine parallele Werbeaktion für neuer Mitglieder für die „Falken“ handelt?
6. Ist angesichts der Duldung dieser politischen Indoktrination unserer Kinder und Jugendlichen davon auszugehen, dass es auch ähnliche Organisationen gibt, die ihre politische Überzeugung an Schulen und Schüler weitergeben? Wenn ja, bitte um Nennung der jeweiligen Organisation.
7. Ist angesichts der Duldung dieser politischen Indoktrination unserer Kinder und Jugendlichen davon auszugehen, dass auch eine Jugendorganisation aus dem eher rechten Spektrum ähnliche Projekte an Magdeburgs Schulen anbieten kann?
8. Welche Vorkehrungen beabsichtigen Schulleitungen in Magdeburg zu treffen, um Schülerinnen und Schüler vor politischer und ideologischer Indoktrination zu schützen?
9. Inwieweit wurden Erziehungsberechtigte an den betroffenen Schulen im Vorfeld darüber in Kenntnis gesetzt, dass eine radikal linke Organisation an ihre Kinder herantreten, mit ihnen eine Veranstaltung durchführen und unter ihnen um Mitglieder werben würde?
10. Die Organisation „Die Falken – Sozialistische Jugend Deutschlands“ wurde in der Vergangenheit unter anderem dafür bekannt, sexuelle Übergriffe auf Minderjährige zu dulden oder sogar zu fördern. Inwiefern kann Gewähr dafür geboten werden, dass Schülerinnen und Schüler in Magdeburg bei Veranstaltungen mit dieser Organisation nicht auch heute solchen ausgesetzt werden?

Ronny Kumpf
Stadtrat